

25.10.2012, Rede von MdB Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) zu TOP 19:

Beratung des Antrags der Fraktion GRÜ / B90 sowie SPD „**Pakistan – Für eine aktive Einbindungsdiplomaten, Stärkung der demokratischen Kräfte und eine verlässliche Entwicklungszusammenarbeit**“ (Drucksache 17/11033)

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bevor ich zur eigentlichen Debatte der Antrags komme, möchte ich folgendes festhalten:

Der brutale Mordversuch der Taliban an der 14jährigen Schülerin Malala Yousafzai Anfang Oktober, die in der Vergangenheit offensiv für bessere Bildungschancen für Mädchen geworben hat, hat auf erschütternde Weise deutlich gemacht, wie aktuell die Debatte um die politische und gesellschaftliche Entwicklung Pakistans ist. Diese Entwicklung Pakistans ist nicht nur für seine eigenen Bürgerinnen und Bürger zentral, sondern auch für die gesamte Zukunft der Region. Ich denke, daß wir uns alle darin einig sind, von hier die besten Genesungswünsche an Frau Yousafzai zu richten.

Im Folgenden konkret zu Ihrem Antrag:

Die im ersten Teil des Antrags angemahnte aktive Einbindungspolitik findet doch statt – sowohl durch Deutschland als auch durch wesentliche Akteure der internationalen Politik. Freilich ist das derzeit insbesondere zwischen den USA und Pakistan nicht einfach. Jedoch: Nicht nur der Besuch der pakistanischen Außenministerin Hina Rabbani Khar in Berlin (04.09.2012), sondern insbesondere die bei dieser Gelegenheit unterzeichnete und durch Sie auch angesprochene „Roadmap“ für den deutsch-pakistanischen strategischen Dialog sind klare Belege für diese sich intensivierende Einbindungspolitik Deutschlands.

Pakistan befindet sich spätestens seit dem Beginn des Afghanistan-Engagements im Fokus der internationalen Politik und vielfältiger Einbindungsaktivitäten. Federführend waren insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich stets die USA, aber auch Großbritannien hat sich in den zurückliegenden Jahren sehr intensiv eingebracht. Pakistan ist seither in die Ausarbeitung und Verhandlung einer politischen Lösung in Afghanistan eingebunden gewesen – genauso wie Sie es verlangen.

Deutsches und internationales Engagement zur Einbindung Pakistans treffen sich dabei nicht nur in VN und NATO, sondern insbesondere in der Internationalen Kontaktgruppe zu Afghanistan (*International Contact Group*, ICG). Die ICG bestätigte den deutschen Sondergesandten AFG/PAK, Botschafter Dr. Koch, bei ihrem Treffen in Abu Dhabi als ihren Vorsitzenden. Ich halte das für einen starken Beleg der anerkannten Rolle Deutschlands bei der aktiven Einbindung unterschiedlicher und wichtiger Akteure wie Pakistan in die Lösung der zentrale Herausforderung der ganzen Region.

Wenn ich auch Ihren grundsätzlichen Befund nicht teilen kann, daß es keine aktive Einbindungspolitik der Bundesregierung und wesentlicher Akteure der internationalen Politik gebe, denke ich, daß die anstehende vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung

an die afghanischen Behörden und der Abzug von ISAF bis 2014 große Auswirkungen auch auf Pakistan und seine internationale Einbindung haben wird. Die Natur unseres Engagements in Afghanistan wird sich grundsätzlich wandeln und deshalb müssen wir parallel zu unseren Anstrengungen in Afghanistan auch die Einbindung Pakistans weiterentwickeln. Aus unserer Sicht stellt dafür der Versöhnungsprozess einen guten, wenn auch nicht den einzigen Ausgangspunkt dar.

Für diese Weiterentwicklung sind die Äußerungen der pakistanischen Außenministerin bei ihrem Besuch in Berlin aus unserer Sicht sehr ermutigend. Pakistan erachtet demnach ein friedliches und stabiles sowie wirtschaftlich aufstrebendes Afghanistan als sein Kerninteresse. Diese Definition bedeutet eine Abkehr von der alten Forderung nach „strategischer Tiefe“ (also Afghanistan auf Abstand zu halten) und öffnet Pakistan für neue politische Ansätze in den in der Vergangenheit nicht immer einfachen bilateralen Beziehungen. Es besteht also die konkrete Chance, Pakistan dabei zu unterstützen, von einem durch den Konflikt in Afghanistan betroffenen Akteur zu einem von Frieden und Stabilität in Afghanistan profitierenden Akteur werden zu können. Das wollen wir stützen und deshalb ist die angesprochene „Roadmap“ politisch auch so wichtig. Sie sollten das nicht unterschätzen.

Ihre Ausführungen zur Stärkung der demokratischen Kräfte und der Zivilgesellschaft Pakistans beschreiben in Teil II. des Antrags im wesentlichen die Probleme, vor denen wir in diesem hochkomplexen Land stehen. Hier besteht und wird mutmaßlich auch für die kommenden Jahre großer Handlungsbedarf bestehen. Allerdings will ich Sie darauf hinweisen, daß es eben nicht nur um Maßnahmen gehen kann, die die innere Sicherheitslage ausblenden. Handlungsfähige Sicherheitskräfte sind –der eingangs erwähnte dramatische Vorfall zeigt es überdeutlich– bei der absehbaren inneren Verfassung Pakistans in Zukunft mehr als bedeutsam. Allerdings füge ich hinzu, daß deren politische Kontrolle und damit das pakistanische Parlament insgesamt gestärkt werden muß. Jedenfalls springen Sie in Ihrer Fokussierung zu kurz.

Die Stärkung des Parlaments sollte aber ein konkretes Anliegen von uns Abgeordneten sein. Sie führen das ja auch am Beispiel des „*Women’s Parliamentary Caucus*“ selbst aus. Im März 2012 haben die Kollegin Sibylle Pfeiffer, der Kollege Bijan Djir-Sarai und ich in einem Schreiben eine gemeinsame Reise von Kolleginnen und Kollegen der Ausschüsse wirtschaftliche Zusammenarbeit, Außen und Verteidigung des Bundestages nach Islamabad angeregt, um den Austausch mit den jeweiligen Fachausschüssen zu intensivieren. Vor diesem Hintergrund frage ich mich schon, warum Sie auf dieses konkrete Angebot zur Stärkung der parlamentarischen Beziehungen nicht reagiert haben? Nicht nur die Bundesregierung ist aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, sondern auch wir Parlamentarier.

Zu den entwicklungspolitischen Aspekten Ihres Antrages nehme ich keine Stellung, da dieses meiner Kollegin Sybille Pfeiffer als zuständiger Sprecherin unserer Fraktion obliegt.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir Ihren Antrag ab. Er enthält in seiner generellen Beschreibung viel Richtiges, springt jedoch gleichzeitig in der politischen Bewertung der laufenden Aktivitäten zu kurz und berücksichtigt diese nicht ausreichend.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.